

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 731

Mittwoch, 9. Juni 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

„Der Rechtsstaat existiert für uns nicht“! - Interview mit Leiria Vay von CODECA.....	1
Für Kurzentschlossene: Videokonferenz am 9. Juni 2021, 18.00-19.30: Pandemie, Kriminalisierung und Straflosigkeit in Guatemala.....	2
Fall Militär-Tagebuch: Oberst Jacobo Salán Sánchez wurde während der Anhörung verhaftet.....	3
Verfassungsgericht bearbeitet die Verfassungsklage, die sich gegen die FECCI richtet.....	4
Meinung von Miguel Angel Sandoval: Kamala entdeckt Guatemala.....	5
Kongress vereidigt Nester Vásquez und Claudia Paniagua als Verfassungsrichter*innen.....	6

„Der Rechtsstaat existiert für uns nicht“! - Interview mit Leiria Vay von CODECA

Bilbao, 1. Juni – Das folgende Interview hat Thorben Austen für die *Junge Welt* geführt. Der Artikel ist in einer gekürzten Fassung am 4. Juni erschienen. Sie dient auch als Hintergrund der Videokonferenz am 9. Juni 2021, ab 18 Uhr (siehe Ende des Artikels). Thorben hat uns die Langfassung zur Verfügung gestellt. Danke dafür, sagt die Redaktion.

Sie befinden sich zurzeit als Vertreterin der Landarbeiterorganisation Codeca im Baskenland. Können Sie ihre Arbeit in Codeca vorstellen und was ist der Zweck ihrer Reise?

Mein Name ist Leiria Vay, ich bin Mitglied der nationalen Leitung vom „Comité de Desarrollo Campesino (Codeca)“, bin Verteidigerin der Menschenrechte und der „Madre Tierra“ in Guatemala, ich gehöre zur Volksgruppe der Maya Quiche. Meine Reise verfolgt verschiedene Ziele. Ich bin zurzeit tätig in einem Programm der baskischen Regionalregierung für MenschenrechtsverteidigerInnen, mit dem Zweck die Repression gegen Codeca international anzuzeigen. Der zweite Grund ist, den Kampf von Codeca international bekannt zu machen. In Guatemala heisst es, wir seien „Kriminelle“, wir seien gegen die Entwicklung, gegen private Investitionen, da gibt es eine ganze Reihe an Diffamierungen gegen unsere Organisation. Ich möchte darstellen, wer wir sind, wir sind Verteidiger der Menschenrechte, der Rechte der indigenen Völker und der „Madre Tierra“. Ich möchte Kontakte knüpfen zu Organisationen und sozialen Bewegungen in Europa. Eingeladen wurde ich von „Paz y Solidaridad Euskadi“, einer solidarischen Organisation, mit der wir als Codeca schon länger zusammenarbeiten.

Welche Formen der Repression trifft Ihre Organisation zurzeit in Guatemala?

Die Repression nimmt zu, seit wir in Codeca begannen, uns als Subjekte mit Menschenrechten und für die Rechte der „Madre Tierra“ zu artikulieren und einen strukturellen Wandel in Guatemala anzustreben. Damit greifen wir die ökonomischen Interessen der mächtigen Sektoren in Guatemala an, damit wurden wir zu einem unbequemen Akteur.

Einen Akteur, den man vernichten muss. Das waren die Worte des damaligen Staatspräsidenten Otto Perez Molina, der am 7. März 2014 nach einer grossen Mobilisierung von Codeca öffentlich sagte, „in Guatemala existiert ein soziales Krebsgeschwür, das heisst Codeca. Dem müssen wir uns entledigen“. Seitdem gibt es eine eigene Abteilung bei der Staatsanwaltschaft, die nur für „Vergehen“ von Codeca zuständig ist, konkret geht es dort um die juristische Verfolgung unseres Boykottes der Stromrechnungen (*als Form des Widerstandes gegen die Privatisierung zahlen viele in Codeca organisierte Personen keine Stromrechnungen, Anmerkung jW*).

Das erste Verfahren, angestossen von der besagten Abteilung der Staatsanwaltschaft, war das gegen meinen Vater (*Mauro Vay Gonón, Generalkoordinator von Codeca, Anmerkung jW*), gegen Blanca Mejia und einem weiteren Compañero, alle drei waren 2014 einige Monate inhaftiert. Das zweite Verfahren gegen die heutige Abgeordnete der Partei MLP (Bewegung für die Befreiung der Völker) Vicenta Jerónimo und gegen Edwin Sanchez. Der dritte Fall war der von

Ceferina Xaminez, dieser begann 2017 als Männer des Energiekonzernes Energuate in ihr Haus eindringen und sie gewaltsam in einem Fahrzeug von Energuate zur Polizei brachten. In dieser Bedrohungssituation hat Ceferina eine Kneifzange der Energuate-Mitarbeiter zu ihrem Schutz in die Hand genommen. Dafür wurde sie jetzt Anfang dieses Jahres wegen Diebstahl zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt.

Der andere Mechanismus der Repression sind die direkten Attacken. An erster Stelle die zwanzig Morde an unseren Mitgliedern in den letzten Jahren. Des Weiteren gibt es Einschüchterungen der individuellen Art, Compañer@s werden auf ihrem Weg körperlich angegriffen und bedroht, oder kollektiv, bei Versammlungen zum Beispiel tauchen bewaffnete Personen auf, schießen in die Luft und greifen Compañer@s körperlich an, dies passiert auch bei Mobilisierungen und Demonstrationen von Codeca. Eine relativ neue Strategie ist, innerhalb unserer Gemeinden Konflikte zu schüren, beispielsweise wird der Strom abgestellt und dann gesagt, dass das wegen der Mitglieder von Codeca, die hier wohnen, passiert. So wollen sie Anwohner*innen, die nicht bei Codeca organisiert sind, gegen uns aufhetzen.

Vor dem Hintergrund der Repression, Verbote von Demonstrationen, der Neubesetzung des Verfassungsgerichtes mit Personen, denen Korruption und Kontakte zur organisierten Kriminalität nachgesagt werden, dem „Ley ONG“, das die politischen Aktivitäten von NGOs einschränken soll, etc., wieviel Rechtsstaat und Demokratie existieren noch in Guatemala?

Als Codeca haben wir immer gesagt, wir leben ohne Staat und ohne Rechte. Mit dem Friedensabkommen 1996 hatten wir die Illusion, jetzt in Frieden zu leben, die Realität ist aber eine andere. Mit dem Vorwand, Guatemala zu entwickeln, hat man den transnationalen Unternehmen die Türen geöffnet, für unsere Völker bedeutet das mehr Repression, mehr Ausbeutung, mehr Analphabetismus, mehr Armut, mehr Tote, mehr Sklaverei. In Guatemala funktioniert das Justizsystem nicht, es ist im Interesse krimineller Gruppen und befördert die Korruption. Es heisst es gibt einen Rechtsstaat in Guatemala, aber das ist nicht wahr. Für unsere Gemeinden, für die indigenen Völker existiert dieser nicht.

Was können Organisationen in Europa tun angesichts dieser Situation?

Ich denke, wichtig ist, die Stimme zu erheben, zu sagen, was in Guatemala passiert. Sich an das Aussenministerium in ihren Ländern wenden, um diese aufzufordern, sich an die Regierung in Guatemala zu wenden, obwohl die Regierung in Guatemala nicht viel machen wird. In den Medien über die Situation in Guatemala berichten. Eine wichtige Rolle kann auch die internationale Gewerkschaftsbewegung spielen, sie muss dafür aber global tätig sein, um beispielsweise die Konzerne unter Druck zu setzen, die in Guatemala die Menschen ausbeuten und die Umwelt zerstören.

Welche Aktivitäten planen Sie noch für ihren Aufenthalt in Europa?

Bisher war der Bereich der Vernetzung mit anderen Organisationen nur eingeschränkt möglich. Aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie können wir uns zurzeit im Baskenland nur mit maximal vier Personen treffen. Ich hoffe aber, dass sich im Juni die Situation mit dem Fortschreiten der Impfkampagne etwas entspannt und dann noch andere Treffen möglich sein werden, im Spanien oder in anderen Ländern Europas. Für den 9. Juni ist eine Veranstaltung mit zwei anderen Referenten aus Guatemala geplant „Pandemie, Kriminalisierung und Straflosigkeit in Guatemala“, aufgrund der Pandemie komplett online.

Für Kurzentschlossene: Videokonferenz am 9. Juni 2021, 18.00-19.30: Pandemie, Kriminalisierung und Straflosigkeit in Guatemala

Videokonferenz: Pandemie, Kriminalisierung und Straflosigkeit in Guatemala

Die Repression und Kriminalisierung von Bewegungen der organisierten Zivilgesellschaft, die sich für Land- und Menschenrechte einsetzen, nehmen seit Beginn der Pandemie massiv zu.
Ebenso unterwandern kriminelle Netzwerke die Regierung, was zu einem Anstieg der Korruption führt.
Der Kampf gegen die Straflosigkeit ist notwendiger denn je!

Referent:innen:
Leiria Vay
Comité de Desarrollo Campesino – CODECA
Edgar Pérez
Bufete Jurídico de Derechos Humanos de Guatemala
Mara Bocaletti
Plataforma Internacional contra la Impunidad

Moderation:
Katia Aeby
Peace Brigades International Schweiz

**Mittwoch, 09. Juni 2021
von 18:00 bis 19:30**

Die Konferenz findet auf Spanisch mit Simultanübersetzung auf Französisch und Deutsch statt.
Anmeldung: bis zum 08. Juni 2021:
info@guatemalanetz-zuerich.ch

Die Zugangsdaten zur Veranstaltung werden einen Tag vor der Veranstaltung zugesendet.



Fall Militär-Tagebuch: Oberst Jacobo Salán Sánchez wurde während der Anhörung verhaftet

Guatemala, 1. Juni - Bei der Anhörung der ersten Aussagen von fünf pensionierten Militärs und Polizisten, die an dem Verschwinden von 183 Personen beteiligt und deren Namen im sogenannten «Militärtagebuch» aufgeführt waren, stellte sich der Oberst Jacobo Esdras Salán Sánchez, der auf Befehl des Richters Miguel Ángel Gálvez festgenommen und in das Gefängnis von Mariscal Zavala geschickt wurde. Salán Sanchez war in diesem Fall wegen Verschwindenlassen, Mord, versuchten Mord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet worden, weshalb er sich vor einem Strafgericht verantworten muss.

Am 19. Mai wurden 11 pensionierte Militär- und Polizeibeamte festgenommen, die des Verschwindenlassens, des Mordes, des versuchten Mordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt waren. Salán Sanchez wurde jedoch nicht in seiner Wohnung angetroffen. Der pensionierte Oberst wurde 2014 zusammen mit Napoleon Rojas wegen Veruntreuung von 120 Mio. Q (= 12,5 Mio. €) des Verteidigungsministeriums während der Regierung von Alfonso Portillo verurteilt. Nach Angaben des Washingtoner Büros für lateinamerikanische Angelegenheiten (WOLA), arbeitete der Militärangehörige Ende der 80er und 90er Jahre in der Direktion des Nachrichtendienstes der Armee (D-2).

Der Verteidiger von Salán Sánchez, Eddy Herrera, forderte den Richter auf, den Haftbefehl gegen seinen Angeklagten aufzuheben, mit der Begründung, dass er kürzlich an COVID-19 gelitten habe. Die Staatsanwaltschaft (MP) und die Anwalt*innen der Nebenkläger*innen argumentierten in diesem Zusammenhang, dass es aufgrund der Schwere der ihm vorgeworfenen Verbrechen angemessen sei, die Haft zu vollziehen.

Richter Gálvez wies den Antrag des Anwalts ab, sodass am Ende der Anhörung der Haftbefehl zugestellt wurde und er in das Gefängnis in der Mariscal Zavala-Kaserne überführt wurde, wo ein Gerichtsmediziner ihn untersuchen wird.

Anhörung verschoben

Die Angeklagten Enrique Cifuentes de la Cruz, Edgar Corado Samayoa und Rone René Lara, ehemalige Spezialisten des präsidentialen Generalstabs, sowie die ehemaligen Mitglieder der D-2, José Monterroso Villagrán und Edgar de León Sigüenza, waren bei der Verhandlung anwesend. Um 14 Uhr verschob der Richter die Anhörung für die erste Aussage der fünf Angeklagten auf Mittwoch, den 2. Juni, beginnend um 8:30 Uhr, nachdem er mit den Anwalt*innen besprochen hatte, wie sie durchgeführt werden sollte. (...)

Die folgenden Angeklagten waren nicht im Gerichtssaal anwesend, da sie sich in verschiedenen Krankenhäusern des Landes und in anderen Abteilungen befanden:

- Gustavo Adolfo Oliva Blanco, der erste Chef der Abteilung für technische Ermittlungen (DIT) war - spezialisiert auf polizeiliche Aufstandsbekämpfung.
- Juan Francisco Cifuentes Cano, der erste Chef der Polizei-Sondereinsatzbrigade und des Fünften Korps der Nationalpolizei.
- General a.D. Marco Antonio González Taracena, ehemaliger Direktor des Geheimdienstes und Verteidigungsminister im Jahre 1995. Er ist ausserdem Vizepräsident des Verbandes der Militärveteranen von Guatemala (AVEMIL-GUA).
- Eliseo Barrios Soto, pensionierter Militäroffizier und ehemaliger Spezialist des präsidentialen Generalstabs. Er wurde im Petén inhaftiert, weshalb er nicht zur Anhörung erscheinen konnte.
- Mavilio Aurelio Castañeda Betancourth, pensionierter Militäroffizier und ehemaliger Spezialist des präsidentialen Generalstabs, festgenommen in Cobán, Alta Verapaz.

Am Ende der Anhörung verliessen alle Häftlinge den Saal mit Blick auf den Boden, bewacht von Sicherheitsbeamt*innen des Gefängnisses. Der Letzte, der ging, war Salán Sánchez.

Was ist das Diario Militar?

Manuel Antonio Farfán, Rechtsvertreter der Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen von Guatemala (FAMDEGUA) und Nebenkläger in diesem Fall, sagte, dass das Erscheinen des Diario Militar im Mai 1999 ihren Verdacht über die Verfolgung und Gewalt durch staatliche Kräfte gegen 183 Personen zwischen 1983 und 1985 bestätigte.

Das "Diario Militar" oder "Dossier des Todes" wurde am 20. Mai 1999 öffentlich gemacht. Es zeigt, wie die militärischen Geheimdienststrukturen unter Ausnutzung der Staatsgewalt agierten, um diejenigen zu unterdrücken und zu dezimieren, die sie als Staatsfeind*innen betrachteten. Das Dokument des Militärgeheimdienstes dokumentiert die Verfolgung, Gefangennahme und aussergerichtliche Hinrichtung von 183 Männern und Frauen, die während des internen bewaffneten Konflikts zwischen 1983 und 1985 als interne Feinde katalogisiert wurden.

Seine Veröffentlichung ermöglichte es, die zahlreichen gemeldeten und bekannten Fälle aufzulisten und zu verstehen, dass die schweren Menschenrechtsverletzungen gegen mehr als 180 guatemalteckische Familien keine Einzelfälle waren, sondern Teil einer Strategie der Verfolgung, Schikanie und Ausrottung von Menschen, die sich für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde einsetzen. (Prensa Comunitario)

Verfassungsgericht bearbeitet die Verfassungsklage, die sich gegen die FECCI richtet

Guatemala, 2. Juni - Das Verfassungsgericht (CC) bearbeitete am Mittwoch, den 2. Juni, die von Rechtsanwalt Otto Gómez eingereichte Verfassungsklage gegen das Abkommen 59-2019, mit dem die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECCI) geschaffen wurde, berichteten Justizquellen. Gómez wurde von dem Anwalt Leonel Enrique Castañeda Tejada unterstützt, der später von dem Verfahren zurücktrat. Aus diesem Grund räumte das CC dem Beschwerdeführer eine Frist von 3 Tagen nach seiner Mitteilung ein, um einen Ersatz für den zurückgetretenen Anwalt vorzustellen, damit die Akte weiterbearbeitet werden kann. (...)

Wer ist Otto Gómez?

Otto Gómez ist ein Jurist, der als Verteidiger von Personen aufgetreten ist, die in Fälle von Korruption und Drogenhandel verwickelt waren. Einige seiner Klienten sind Anabella de León, die frühere Generalvermögensverwalterin, und die Mutter der ehemaligen Kongressabgeordneten Emilene Mazariegos, die beide in Ermittlungen unter der Leitung von FECCI und der inzwischen aufgelösten CICIG angeklagt wurden.

Er verteidigte auch Haroldo Mendoza Matta, der mit der Aneignung von Land in Morales, Izabal, in Verbindung gebracht wird, und leistete ausserdem Rechtsbeistand für den Drogenhändler Marvin Montiel Marín, alias "el Taquero", dem eine mögliche Beteiligung am Tod von Byron Lima Oliva vorgeworfen wird.

Im November letzten Jahres wurde Gómez Opfer eines bewaffneten Angriffs. Als er in das Allgemeine Krankenhaus von San Juan de Dios eingeliefert wurde, machte er den Präsidenten und die Staatsanwaltschaft für seine Situation verantwortlich.

Stellungnahmen

Francisco Quezada vom Zentrum für Nationale Wirtschaftsforschung (CIEN) erklärte kürzlich, dass FECCI zwei Seiten habe. Die erste, in der sie der operative und "offizielle" Arm der Ermittlungen war, die in Verbindung mit der CICIG durchgeführt wurden. Als dann das Mandat der CICIG nicht verlängert wurde, änderte Generalstaatsanwältin Consuelo Porras die Vereinbarung mit FECCI und hob sie in den Status einer Sektionsstaatsanwaltschaft, wodurch sie in die Organisationsstruktur der MP eingegliedert wurde. "Die Aktualisierung durch den Generalstaatsanwalt bedeutet, dass das FECCI-Abkommen nicht verfassungswidrig ist, weil es aktualisiert wurde", sagte Quezada.

Elvyn Díaz vom Institut für vergleichende kriminalwissenschaftliche Studien (IECCP) erinnert seinerseits daran, dass FECCI in das Organisationsschema eingegliedert wurde, nachdem das Mandat der CICIG zur Fortführung der bereits laufenden Strafverfahren nicht erneuert wurde. "Generell hat die Sonderstaatsanwaltschaft den internen Regelungsrahmen der Staatsanwaltschaft", sagte Díaz.

Álvaro Montenegro von Justicia Ya sieht in der Aktion von Gómez einen Versuch, den Fortschritt der Justiz in den letzten Jahren zu zerstören. "Mit der Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit in diesem Monat [z.B. durch die Ernennung zweier umstrittener Verfassungsrichter*innen, s.u. d.Red.] ist es möglich, dass das CC die [Möglichkeit einer] Verfassungswidrigkeit akzeptiert, unabhängig davon, ob es eine rechtliche Grundlage gibt oder nicht. Wir rufen die Bürger*innen auf, ein Ende dieser Anschläge auf den Rechtsstaat zu fordern", sagte Montenegro.

Vizepräsident Guillermo Castillo gab eine dem Sinne nach ähnliche Erklärung auf seinem Twitter-Account ab. "Es ist notwendig, dass die Guatemalte*innen auf die Stärkung der Kontroll- und Ermittlungsbehörden setzen. Der Kampf gegen Korruption wird nicht effektiv sein, wenn wir Arbeitseinheiten schwächen oder unterdrücken. Statt FECCI zu demonstrieren, müssen wir es mit mehr Kapazitäten und Ressourcen ausstatten", sagte der Vizepräsident.

Jordán Rodas, Ombudsmann für Menschenrechte, kommentierte ebenfalls, dass "die Annullierung des Abkommens zur Gründung von FECCI ein Rückschritt für die Gerechtigkeit wäre. Die grossen Errungenschaften im Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit sind offensichtlich". Gegenüber den Medien sagte Rodas Andrade, wenn die FECCI verschwinden würde, "würden die verborgenen Mächte regieren, jene, die FECCI seit 2015 permanent angreifen, sie kriminalisieren und die Diktatur des organisierten Verbrechens in Guatemala anführen."

Die Gründung der FECCI

Die FECCI wurde durch ein bilaterales Kooperationsabkommen zwischen Kommissar Carlos Castresana von der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) und Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido am 29. Februar 2008 gegründet. Gemäss der Vereinbarung wurde die FECCI geschaffen, um von der CICIG und der Staatsanwaltschaft ausgewählte Fälle mit hoher Brisanz zu untersuchen.

Die Europäische Union bringt ihre Unterstützung für die Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung in Guatemala zum Ausdruck

Die Vertretung der Europäischen Union (EU) in Guatemala traf sich am Montag mit Juan Francisco Sandoval, dem Staatsanwalt, der den Anti-Korruptionskampf in dem zentralamerikanischen Land leitet, und brachten ihre Unterstützung für seine Arbeit zum Ausdruck.

An dem Treffen zwischen den Diplomat*innen und Sandoval nahmen die Missionschefs der Botschaften in Guatemala von Deutschland, Frankreich, Italien, Schweden und Spanien teil, wie die EU über ihre Kommunikationskanäle bestätigten. Das Ziel des Treffens war es, "Unterstützung" für die von Sandoval geleitete Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit der Staatsanwaltschaft zu "zeigen", so ein Social Media-Post der spanischen Botschaft in Guatemala. Der Vertreter der Europäischen Union in Guatemala, Thomas Peyker, bezeichnete das Treffen als wichtig im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Korruption in Guatemala, einem der Länder mit den höchsten Raten dieser Geißel auf dem amerikanischen Kontinent.

Die Bedeutung dieser Sonderstaatsanwaltschaft

Die von Sandoval geleitete Staatsanwaltschaft hat seit 2015 Dutzende von Korruptionsfällen in Guatemala aufgeklärt, die mit Minister*innen, Beamte*innen, Kongressabgeordneten, Richter*innen, Elite-Geschäftsleuten, Vizepräsident*innen und Präsidenten in Verbindung stehen, darunter auch der Fall des ex-Präsidenten Otto Pérez Molina (2012-2015), der im Gefängnis sitzt, nachdem er beschuldigt wurde, in mehreren Gerichtsverfahren Bestechungsgelder erhalten zu haben.

Expert*innen zufolge gibt es aktuell eine Verfolgung derjenigen, die versucht haben, die Korruption in Guatemala zu bekämpfen, insbesondere mit der Festnahme von zwei ehemaligen Ermittlern aus dem Staatsministerium in der vergangenen Woche, die an der Festnahme von Pérez Molina mitgewirkt haben und die der angeblichen ideologischen Lüge beschuldigt werden (vgl. *Fijate! 730, d.Red.*).

Am 27. Mai sagte der US-Botschafter in Guatemala William Popp in einem Interview mit lokalen Medien, dass die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit "das effektivste Instrument zur Bekämpfung der Korruption" in dem von Alejandro Giammattei geleiteten Land sei.

Laut einem Bericht, der letzte Woche von der Plattform Mirador Judicial veröffentlicht wurde, enden etwa 96 % der Korruptionsfälle in Guatemala in Straflosigkeit. Der Anti-Korruptionskampf in Guatemala hatte seinen Höhepunkt zwischen 2015 und 2018 mit der ehemaligen Generalstaatsanwältin des Staatsministeriums, Thelma Aldana, die im Exil in den USA ist und durch die Anwältin Consuelo Porras, die derzeitige Leiterin der Behörde, ersetzt wurde. (Prensa Comunitaria/Prensa Libre)

Meinung von Miguel Angel Sandoval: Kamala entdeckt Guatemala

Guatemala, 2. Juni - Werden die USA ihre Verbündeten wechseln oder bei densen bleiben?

Nächste Woche landet Kamala Harris, die US-Vizepräsidentin, in Guatemala.

Anders als in der Geschichte von Sergio Ramirez, "A Jackie con el corazón" [*leider hat die Redaktion keinerlei Informationen über diese Erzählung und die Frage gefunden, welcher Vizepräsident gemeint ist, d.Red.*], ist die guatemalteke Oligarchie nicht so glücklich über den Besuch der Vizepräsidentin. Dafür gibt es Gründe. Die wichtigste ist, dass Kamala allen, die zuzuhören bereit waren, gesagt hat, dass sie der Korruption überdrüssig sei. Deshalb traf sie sich in der Vergangenheit mit mehreren Staatsanwält*innen und Richter*innen, die zum Frühstück, Mittag- und Abendessen die Mitglieder des sogenannten Korruptionspaktes kritisieren. Guatemala ist das Sprungbrett für den Koka-Handel im Norden. Es gibt auch die erzwungene Passage von Tausenden von Migrant*innen aus Honduras, El Salvador, Guatemala, arabischen oder afrikanischen Ländern, oder von wo auch immer. Und aus der Sicht von Kamala muss das aufhören.

All diese Themen haben mit der Korruption in unserem kleinen Land zu tun. Die Fakten sind allgemein bekannt. Alle wissen um die Beamten der ersten, zweiten und dritten Ebene, die Arm in Arm und auf der Strasse mit den Drogenhändler*innen gehen; alle wissen um die Farmen, die lizenzierte Flughäfen sind; alle kennen die geheimen Übergänge an den Grenzen in- und auswendig. Alle wissen um die Veruntreuung öffentlicher Gelder, insbesondere aus dem Staatshaushalt. Und das bringt die Leute natürlich auf die Palme.

Vor allem, weil alles in den Vereinigten Staaten landet, sei es Koka, Marihuana, Migrant*innen, Opfer des Menschenhandels und, Achtung, mögliche Terrorist*innen aus anderen Breitengraden. Es gibt die Vorstellung, dass Korruption Migrant*innen züchtet. Und in Wahrheit haben sie Recht.

Deshalb ist für die Vereinigten Staaten das, was in unserem Land geschieht oder nicht geschieht, eine Frage der nationalen Sicherheit für ihr Territorium und nicht eine Frage, wie die Demokratie in unseren Ländern ausgehebelt wird. Das ist letztlich eine Angelegenheit der Chapines und nichts, was sie nachts wachhält. Wenn sie den Appetit verlieren, ist das, um nicht zu übertreiben, der Zeitpunkt, an dem die sogenannte Demokratie zu den oben beschriebenen Phänomenen führt. Dann werden die Interessen der Vereinigten Staaten deutlich. Nicht vorher.

Der Punkt ist, dass wir uns in dieser Situation befinden. Schlechte Regierungsführung und Korruption haben den oben skizzierten Problemen freien Lauf gelassen. Daher die neue Dringlichkeit dieser neuen Regierung, die sich um ihren Hinterhof kümmert. Sie wissen, dass sie mit einer Situation des demokratischen Abbruchs konfrontiert sind, die zu ihrem Unglück ihr Elend in die USA hineintreibt. Das ist es, was sie beunruhigt. Man darf bei diesem Thema nicht mehr lange warten.

Vor dem Hintergrund dieses Panoramas, sind sie sich unklar, welches die Verbündeten sind, auf die sie zählen können, um zu versuchen, die Dinge in Ordnung zu bringen. Vor allem, weil sie wissen, dass die Verbündeten ihres Lebens und die Nutzniessenden des ganzen Systems, das sie, die USA, unterstützt, erlaubt, bewaffnet und finanziert haben, diejenigen sind, die das Land in die aktuelle Katastrophe geführt haben.

Jetzt geht es um die Dringlichkeit, sich zu verändern, aber wohin? Und mit wem? Was für ein Problem für ein Land, das Lösungen für Bargeld will. Und das ist, wie wir im aktuellen Guatemala sehen, mit der aktuellen Regierung, nicht möglich. Es sei denn, sie sind bereit, Bewegungen des Aufbruchs zu unterstützen, mit klaren Vorstellungen von Veränderung. Wenn das der Fall ist, dann sollten sie sich an die Arbeit machen. Ansonsten wird es nur ein Staatsbesuch sein wie alle anderen. (Prensa Comunitaria)

Nachtrag: Aufgrund von Problemen am Flugzeug ist Kamala Harris am 6. Juni auf halbem Weg nach Guatemala wieder umgekehrt, um mit einer neuen Maschine die Reise anzutreten. (d.Red.)

Kongress vereidigt Nester Vásquez und Claudia Paniagua als Verfassungsrichter*innen

Guatemala, 3. Juni - Am Donnerstag, den 3. Juni, vereidigte der Kongress der Republik die Richter*innen Nester Vásquez und Claudia Paniagua, die von der Anwaltskammer zu deren Vertretung im Verfassungsgericht (CC) ernannt wurden. Sie wurden trotz mehrerer ausstehenden Urteile vereidigt, wie Anwälte und Oppositionsparteien berichten.

Der Präsident des Kongresses Allan Rodríguez hat behauptet, dass sie sich innerhalb des Gesetzes befänden und besteht darauf, dass ihnen mitgeteilt wurde, dass die Richter*innen keine anhängigen Klagen haben. Zuvor hatten die Abgeordneten den Rücktritt von Vásquez als Richter am Obersten Gerichtshof gebilligt, damit er vereidigt werden konnte.

Es war der Abgeordnete Aníbal Rojas von der Fraktion von VIVA, der während der Sitzung einen Eilantrag einbrachte, um die Tagesordnung zu ergänzen, den Rücktritt von Vásquez zu genehmigen und mit seiner Vereidigung fortzufahren. Unmittelbar nach der Vereidigung vertagte Rodríguez die Sitzung wegen fehlender Beschlussfähigkeit. Als er den Saal verliess, weigerte sich Vásquez, mit der Presse zu sprechen.

Am vergangenen Montag hatte das Plenum des Kongresses mit 102 Ja- und 17 Nein-Stimmen das Dekret 7-2021 verabschiedet, das den Dienstplan des CC mit Vásquez als Richter und Paniagua als Stellvertreterin für die Amtszeit 2021-2026 ergänzte.

Oppositionsparteien und Anwälte haben sich der Vereidigung widersetzt, da gegen die Ernennung Rechtsmittel anhängig seien. In einem ganz ähnlichen Fall hatte der Kongress die Vereidigung von Gloria Porras, die von der Universität San Carlos ernannt wurde, nicht zugelassen. „Der Kongress kann nicht dazu übergehen, Nester Vásquez und Claudia Paniagua zu vereidigen“, warnte die Allianz für Reformen kürzlich, „da alle Einsprüche, die der Versammlung der Berufsverbände vorgelegt wurden, nicht gelöst wurden und Klagen anhängig sind.“

„Uns wurde offiziell bestätigt, dass es kein Hindernis mehr gibt, dies zu tun, weil alle Verfahren, die in allen eingereichten Berufungen festgelegt wurden, abgeschlossen sind“, sagte Kongresspräsident Rodríguez hingegen am vergangenen Montag. „Wir halten uns an das, was die Verfassung vorschreibt und vor allem an die gesetzlich festgelegten Zeiten“, betonte er.

Sie nehmen ihren Platz im Verfassungsgericht ein

Nach ihrer Ernennung im Kongress berichtete das CC, dass die Richter*innen Vásquez und Paniagua am Donnerstagabend im Gericht vereidigt wurden. (Prensa Libre)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6